



Unser Landvolk

► Rundschreiben ◀

Ausgabe 3/2021



Ist Milchviehhaltung auf Moorflächen ein Auslaufmodell? Im Zuge des Klimaschutzes sollen Moorböden in Deutschland bis 2045 zu großen Teilen wiedervernässt werden.

Klimaschutz wird die Moornutzung verändern

Wenn über Klimaschutz gesprochen wird, rückt ein Thema immer öfter in den Vordergrund: die schlechte Treibhausgasbilanz von Mooren, die entwässert sind und so den darin gebundenen Kohlenstoff in Form von CO₂ entweichen lassen. In Niedersachsen sind entwässerte Moorböden für die Emission von 10,6 Mio. Tonnen CO₂-Äquivalenten oder elf Prozent der gesamten Emissionen ver-

antwortlich – es handelt sich also nicht mehr um ein Nischenthema. Bundesweit gehen rund 41 Mio. Tonnen CO₂ auf das Konto von entwässerten Moorböden.

Auch der Gesetzgeber hat bereits reagiert: Im Zuge der Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes vom Juni 2021 sind für den Sektor „Landnutzung, Landnutzungsän-

Moorbauern brauchen Antworten

Ein Kommentar von Dr. Karsten Padeken, Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Wesermarsch

„ Der Zug Richtung Moorschutz ist schon losgerollt: Die Ziele sind formuliert und in Gesetzestext gegossen, die Maßnahmen festgelegt. Ohne Folgenabschätzung, ohne geregelte Finanzierung, ohne mit denjenigen zu sprechen, die es vor Ort umsetzen – oder besser: ausbaden sollen.

Dass die CO₂-Emissionen von entwässerten Moorböden angesichts des Klimawandels ein Problem darstellen, steht außer Frage. Aber wie die Politik mit dem Thema umgeht, ist abenteuerlich. Mir ist schleierhaft, wie die – bereits gesetzlich festgelegten! – Einsparungsziele erreicht werden sollen. Zu viele Fragen sind noch offen: Um welche Flächen geht es eigentlich? Wo ist überhaupt Wiedervernässung möglich, auch aufgrund der Wasserverfügbarkeit? Wer bezahlt für die nötige Anpassung der Gewässerinfrastruktur? Was macht man mit den Siedlungsstrukturen?

Eins muss klar sein: Moorschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Landwirte und ihre Familien dürfen nicht stellvertretend die Zeche zahlen. Wir müssen jetzt als Region zusammenstehen und gemeinsam von der Politik konkrete Lösungswege einfordern. Wir brauchen ehrliche Antworten – **jetzt!**



► Lesen Sie mehr auf Seite 2

INHALT:

- ▶ Moor- und Klimaschutz: Forderungen des Kreislandvolkverbands
- ▶ Seminare machen junge Landwirte fit
- ▶ Bewegung beim Thema Wolf
- ▶ Jahreshauptversammlung bietet kaum Lichtblicke
- ▶ Impfkostenzuschuss bei Q-Fieber
- ▶ Gesetze ohne Folgenabschätzung kommen Landwirte teuer zu stehen
- ▶ Landvolk-Abende: Infos zur GAP-Reform stoßen auf großes Interesse
- ▶ Die neue GAP – Pachtpreisbremse und Wertevernichter?
- ▶ „Echt grün“: Doku über Klimawandel, Radiospots und Plakatkampagne
- ▶ Buchstelle: Eingespieltes Team geht in den Ruhestand
- ▶ Geschäftsführer feiert Dienstjubiläum
- ▶ Tag des offenen Hofes am 19. Juni
- ▶ Gut versichert ins neue Jahr starten

▶ Fortsetzung von Seite 1

derung und Forstwirtschaft“ (LU-LUCF) zum ersten Mal verbindliche Reduktionsziele festgeschrieben worden:

- minus 25 Mio. Tonnen bis 2030
- minus 35 Mio. Tonnen bis 2040
- minus 40 Mio. Tonnen bis 2045

Zu diesem Sektor gehören auch Forstflächen, die als Kohlenstoffsenke dienen und CO₂ binden können, was die Bilanz entlastet. Dennoch machen die Zahlen deutlich, dass diese Reduktionsziele nur dann erreicht werden können, wenn ein Großteil der Moorflächen bis zum Jahr 2045 wiedervernässt wird. In der Bundesländer-Zielvereinbarung zum Moorbodenschutz ist festgelegt, dass bis 2030 bereits fünf Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden muss. Viele Moor-Experten sind der Auffassung, dass das nur dadurch zu erreichen ist, dass das Wasser bis zur Geländeoberkante gespeichert wird – mit gravierenden Folgen für die Art der Bewirtschaftung.

Was bedeutet das für die Region?

Moorflächen befinden sich im Deutschland vor allem im norddeutschen Tiefland entlang der

Küste und im Alpenvorland. Im Landkreis Wesermarsch ist fast ein Drittel der Fläche betroffen, in Friesland kleinere Flächen im südlichen Teil des Landkreises. Zum größten Teil werden die Moorflächen landwirtschaftlich genutzt.

Um Moorflächen wiederzuv ernässen, muss Wasser dort bis zur Geländeoberkante gehalten und gespeichert werden. Eine Nutzung der Flächen zur Milchviehhaltung ist dann nicht mehr möglich. Aber auch, wenn die Ziele gesetzlich bereits festgelegt sind: Eine Wiedervernässung wird nicht so einfach durchführbar sein.

- Wasser muss zunächst einmal verfügbar sein und dauerhaft auf den Flächen gehalten werden können.
- Es lässt sich nur schwer vermeiden, dass auch angrenzende Flächen betroffen sind, da Wasser sich bekanntlich seinen Weg sucht. Und nicht immer sind Moorflächen automatisch die tiefsten Flächen in einer Region.
- Wiedervernässte Moorflächen verhalten sich bei starkem Regen wie versiegelte Betonflächen: Sie können kein zusätzliches Wasser mehr aufnehmen. Es käme in den angrenzenden

Gebieten regelmäßig zu Hochwasser.

- In vielen Fällen sind landwirtschaftlich genutzte Moorflächen auch nicht so einfach von Siedlungsflächen abzugrenzen, wie beispielsweise in Reihensiedlungen wie Moorriem (Wesermarsch). Würde man hier den Wasserstand auf den landwirtschaftlichen Flächen anheben, wären automatisch auch die Siedlungsflächen betroffen.

Vor allem der Kreislandvolkverband Wesermarsch befasst sich bereits seit längerem mit dem Thema Moor und Klimaschutz. Der Vorsitzende Dr. Karsten Padeken ist sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv und bringt dort die Sichtweise und die Interessen der betroffenen Landwirte in die Diskussion ein (siehe „Forderungen“ auf Seite 4). „Die Kosten der Klimaschutz-Maßnahmen müssen von der Gesellschaft getragen werden“, fordert er. Die Kultivierung der Moore sei über Jahrhunderte staatlich gewollt und gefördert worden. „Wenn sich jetzt die Vorzeichen geändert haben, darf es nicht passieren, dass die betroffenen Moor-Landwirte dafür ein Sonderopfer bringen.“

„Kommunikation muss offen und ehrlich sein“

Seit 2016 beschäftigt sich das Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen e.V. im Rahmen des Projekts SWAMPS mit der Frage, wie mehr Klimaschutz auf Moorböden mit der Nutzung der Flächen für die Milcherzeugung vereinbar ist. Dazu Fragen an Franz Jansen-Minßen, Senior-Berater am Grünlandzentrum.

In der Bund-Länder-Zielvereinbarung sind ja klare Ziele festgelegt: Bis 2030 müssen die Moorlandschaften 5 Millionen Tonnen Treibhausgase einsparen. Was bedeutet das für Niedersachsen und ganz besonders für die Wesermarsch?

Von den Treibhausgasen aus Moorlandschaften dürfte etwa ein Viertel anteilig auf das moorreichste Bundesland Niedersachsen entfallen, also ca. 1,25 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, die allein in unserem Bundesland eingespart werden müssen. Das würde bedeuten, dass

Für die besonders moorreichen Landkreise entlang der Küste bedeutet dies, dass die Milchviehhaltung, wie wir sie kennen, in Gefahr ist. Vermutlich wird nur noch eine extensive Nutzung der Flächen möglich sein, die Wertschöpfung wird sinken. Eine Vernässung von Moorflächen betrifft aber auch Verkehrswege und Siedlungen, genauso wie andere Wirtschaftsakteure.

Welche Handlungsoptionen gibt es angesichts dieser ambitionierten Ziele eigentlich noch für die betroffenen Moorgebiete?

Die Transformation der Moorlandschaften von der trockenen zur nassen bzw. nasseren Nutzung ist nur unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure zu bewerkstelligen. Benötigt werden neue wasserwirtschaftliche Systeme, die eine Wasserrückhaltung in den Sommermonaten erlauben. Man muss aber auch die Flächen neu



Franz Jansen-Minßen

offene und ehrliche Kommunikation zwischen allen Beteiligten.

Sind die Erkenntnisse, die das Grünlandzentrum im Projekt SWAMPS gesammelt hat, in diesem Zusammenhang von Nutzen?

Das Swamps-Projekt hat nicht nur wertvolle wissenschaftliche Messergebnisse erbracht, sondern auch die Vernetzung der Akteure angeschoben – Landwirte, Wasser- und Bodenverbände und die zuständigen Behörden auf Landkreisebene. Diese Akteursarbeit muss jetzt fortgesetzt werden, um die Zukunftsfragen der landwirtschaftlichen Nutzung von Moorböden beantworten zu können.

Was sind aus Sicht des Grünlandzentrums die nächsten Schritte, die jetzt getan werden sollten?

Die Länder sind jetzt am Zug. Niedersachsen braucht eine zwischen den zuständigen Ministerien abgestimmte Moorschutzstrategie auf Landesebene und muss mit der Umsetzung beginnen, da sind die Ministerien, das Amt für regionale Landesentwicklung und die



Im Rahmen des SWAMPS-Projektes wurden die Treibhausgas-Emissionen von Moorflächen bei unterschiedlich hohen Wasserständen gemessen.

etwa 60.000 Hektar Moorflächen künftig nur noch nass genutzt werden könnten. Bis zum Zieljahr 2045 müssten insgesamt ca. 170.000 Hektar wiedervernässt sein, das entspricht etwa 50 Prozent der Moorflächen in Niedersachsen.

ordnen, vernässte Flächen konzentrieren und an den Randbereichen landwirtschaftliche Nutzung weiter ermöglichen. Dazu braucht es genug Geld, einen realistischen Zeitrahmen, die Organisation von Gebietskooperationen sowie eine

► Lesen Sie mehr auf Seite 4

► Fortsetzung von Seite 3

Behörden vor Ort gefordert. Die Instrumente wie Flurbereinigung, Förderrichtlinien für Kooperationen oder für das Flächenmanagement sind vorhanden; man muss es jetzt auch angehen. Daneben sollte weiter an den offenen wissenschaftlichen Fragestellungen gearbeitet werden: Wie kann künftig eine standortangepasste landwirtschaftliche Nutzung der Moorflächen aussehen?

Was raten Sie Landwirten, die Moorflächen bewirtschaften?

Zunächst einmal Ruhe bewahren und die weitere Entwicklung des Themas aufmerksam verfolgen. Der Bund hat angekündigt, dass alle Maßnahmen des Moorschutzes auf freiwilliger und kooperativer Basis angegangen werden sollen. Moor-Landwirte sollten daher die Politik beim Wort nehmen und sich in den zu erwartenden Gebietskooperationen für den Moorschutz proaktiv engagieren. Hier müssen auch die berechtigten Ansprüche der Einkommens- und Vermögenssicherung frühzeitig thematisiert werden. Die Landwirte sollten sich auch ruhig trauen, die Aussagen der Wissenschaft kritisch zu hinterfragen. Bei aller wissenschaftlichen Begeisterung für Paludikulturen muss zunächst klargestellt werden, dass mit „Paludi“ eben nicht alles „paletti“ ist.

Moor- und Klimaschutz: Forderungen des Kreisland- volkverbands Wesermarsch



Wassermanagement ist Voraussetzung für mehr Klimaschutz auf Moorflächen.

1. Oberste Maxime muss die Freiwilligkeit und das Einverständnis der betroffenen Landnutzer und Landeigentümer sein.
2. Moorkarten müssen aktualisiert und Gebietskulissen geklärt werden.
3. Benötigt wird ein Wassermanagement; Voraussetzung ist die Verfügbarkeit von ausreichendem Wasser für die Anstauung.
4. Festlegung der Schutzkategorien „moorerhaltend“ auf landwirtschaftlich nicht genutzten Standorten und auf Standorten, wo eine Vernässung ohne Beeinträchtigung stattfinden kann, sowie „moorschonend“ mit entsprechender Wasserverfügbarkeit und Beibehaltung der landwirtschaftlichen Nutzung.
5. Langfristige Planungssicherheit und Sicherung der moorschonenden landwirtschaftlichen Nutzung bei vollem Einkommens- und Vermögensausgleich im Falle von Einbußen.
6. Erstellung integrierter regionaler Landentwicklungskonzepte unter Einbeziehung regionaler Akteure.
7. Unternehmensflurbereinigung mit integriertem Land- und Wassermanagement und voller Kostenübernahme durch die öffentliche Hand.
8. Durchführung landwirtschaftlicher Meliorationsverfahren, wo es aus Klimaschutzgründen sinnvoll ist, etwa Sandmischkulturen oder Kleiüberdeckungen.
9. Erprobung von wirtschaftlich tragfähigen, alternativen Aufwuchsverwertungsmöglichkeiten auf Moorgrünland (etwa: Energieerzeugung, Dämmstoffherstellung, Torfersatzstoffe, „MoorFutures“ etc.). Auch Photovoltaik ist eine Option.

► Herausgeber:

Kreislandvolkverband
Friesland e.V.

Kreislandvolkverband
Wesermarsch e.V.

Geschäftsstelle:
Albrecht-Thaer-Straße 2
26939 Ovelgönne
Telefon 04401/9805-0

► Redaktion und Fotos:

Tjade Gronau
Manfred Ostendorf
Andrea Vogt

► Layout und Druck:

Heiber GmbH Druck & Verlag

Feldhauser Straße 61
26419 Schortens
Telefon 04461/9290-0
www.heiber.de

Seminare machen junge Landwirte fit

Wer heute als Landwirtin oder Landwirt einen Hof führen will, muss sich nicht nur mit dem Anbau von Mais oder Weizen auskennen oder wissen, wie man Kühe hält. Gesetze und Vorschriften, Steuerrecht, Buchführung, Vermarktung, EU-Förderung, Naturschutz oder Öffentlichkeitsarbeit – auch diese Themen kommen auf angehende Betriebsleiter/innen oder Hofnachfolger/innen zu.

Mit einer Seminarreihe speziell für Junglandwirtinnen und Junglandwirte möchten die Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch diese Themen aufgreifen. Am 16. November fand das erste Seminar zum Thema „Ich werde Betriebsleiter oder übernehme den Hof – Was kommt auf mich zu und wie kann man was gestalten“ im Grünen Zentrum Ovelgönne statt. Manfred Ostendorf, Geschäftsführer der Kreislandvolkverbände Friesland und Wesermarsch, und Menno Burmann, Steuerberater bei der LHV Steuerberatungsgesellschaft,

referierten zu rechtlichen und steuerlichen Aspekten, die es zu beachten gilt.

Die weiteren Veranstaltungen haben sich mit „Sozialen Aspekten bei der Betriebsübernahme oder einem Rechtsformwechsel“ (26. November), „Die neue Agrarreform ab 2023“ (2. Dezember) und „Wirtschaftliche Kennzahlen meines Betriebs“ (14. Dezember)

beschäftigt. Im neuen Jahr folgen die Themen „Berufsständische Interessenvertretung – Wie funktioniert das und was bringt das?“ (13. Januar) und „Grünlandzentrum Niedersachsen-Bremen – eine Adresse für das Grünland“ (24. Februar). Außerdem ist für den 8. Februar eine Besichtigung der Molkerei Ammerland inklusive Diskussion mit Geschäftsführer Ralf Hinrichs geplant.



Zum Auftakt der Seminarreihe referierten Steuerberater Menno Burmann und Kreislandvolk-Geschäftsführer Manfred Ostendorf über das Thema Betriebsübernahmen.

Bewegung beim Thema Wolf

39 Rudel, ein Wolfspaar und drei residente Einzelwölfe – so sieht die Wolfspopulation in Niedersachsen, Stand Dezember 2021, aus. Angesichts der stetig steigenden Zahlen und des nicht nachlassenden Drucks vor allem von Seiten des Landvolks und anderer Landesbauernverbände bewegt sich langsam etwas auf Ebene der Politik. Das Land Niedersachsen hat im September bekanntgegeben,

dass Nutztierrisse künftig nicht mehr von den ehrenamtlich tätigen Wolfsberatern begutachtet werden, sondern von Mitarbeitern der Landwirtschaftskammer. Vermutlich werde dies ab dem Frühjahr 2022 umgesetzt. Das Landvolk hofft darauf, dass dann schneller als bisher Ergebnisse vorliegen werden, ob ein Wolf für Risse verantwortlich ist oder nicht.

Auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung aus SPD, FDP und Grünen findet sich eine Passage zum Wolf: Während man auf Bundesebene keinen Anlass sieht, das Wachstum der Wolfspopulation zu begrenzen, soll auf Länderebene ein „regional differenziertes Bestandsmanagement“ ermöglicht werden – unter der Voraussetzung, dass dies europarechtskonform umgesetzt werden kann.

Jahreshauptversammlung bietet kaum Lichtblicke

Aufgrund der immer noch unsicheren Corona-Situation waren zur Jahreshauptversammlung des Kreislandvolkverbands Friesland auch in diesem Jahr nur die Delegierten eingeladen und nicht auch alle anderen Mitglieder, wie es zuvor üblich war. Der Vorsitzende Hartmut Seetzen bekannte in seinem Eingangsstatement, dass er bisher stets optimistisch auf die Zukunft des Berufsstands geblickt habe, dass ihn angesichts der katastrophalen finanziellen Situation der Betriebe dieser Optimismus jedoch verlassen habe. Zumal auch die Reform der EU-Förderung ab 2023 erhebliche finanzielle Einschnitte gerade für Grünlandbetriebe vorsehe.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Dr. Holger Hennies, seit 2020 Präsident des Landvolks Niedersachsen. Er nahm Stellung zum Bericht der „Zukunftskommission Landwirtschaft“, der zwar rund um die Bundestagswahl oft zitiert wurde, den aber angesichts seiner Länge von 160 Seiten wohl nur wenige komplett gelesen haben.

„Es stehen einige coole Sachen drin“, so die Einschätzung von



Hartmut Seetzen (l., Vorsitzender des Kreislandvolkverbands Friesland) und Geschäftsführer Manfred Ostendorf (rechts) begrüßten Landvolk-Präsident Dr. Holger Hennies als Referent bei der Jahreshauptversammlung in Jever.

Holger Hennies. „Zum Beispiel: Landwirtschaft ist systemrelevant – man braucht uns also noch.“ Mehrleistungen für Ökologie und Tierschutz sollen bezahlt werden. Zwar soll es einen Abbau der Tierbestände geben, das dürfe aber nicht zur Verlagerung der Produktion ins Ausland führen, da die Landwirtschaft in Deutschland effizienter und klimafreundlicher produziere als anderswo.

Angesichts der dramatischen Lage der Schweinehalter forderte Holger Hennies die sofortige Unterstützung der Politik und des Handels, sonst gebe es bald keine Betriebe in Deutschland mehr, die die Forderungen nach mehr Tierwohl umsetzen könnten: „Wer 2030 Fleisch aus Haltungsstufe 4 verkaufen will, der muss sich jetzt engagieren, damit überhaupt noch Betriebe da sind.“

Impfkostenzuschuss bei Q-Fieber

Die interne Mitgliederversammlung des Tierseuchenfonds Wesermarsch e.V. hat in ihrer Sitzung am 7. Dezember den Impfkostenzuschuss für Q-Fieber-Impfungen neu festgelegt. Ab dem 1. Januar 2022 beträgt der Zuschuss 6 Euro

je Impfung. Voraussetzung ist, dass aufgrund eines Erregernachweises eine Grundimmunisierung gegen Q-Fieber durchgeführt wurde und die Folgeimpfungen innerhalb von neun bis zwölf Monaten erfolgen.

Das Kuratorium zur Tierseuchenbekämpfung im Landkreis Friesland bezuschusst die Impfungen ab dem 1. Dezember 2021 mit 2 Euro je Impfung laut Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24. November 2021.

Gesetze ohne Folgenabschätzung kommen Landwirte teuer zu stehen

Bei der Jahreshauptversammlung des Kreislandvolkverbands Wesermarsch gab es wenig Positives zu vermelden: „Seit Jahren bekommen Landwirte die eigenen Leistungen – Arbeitskraft und Boden als Kapital – nicht bezahlt“, konstatierte der Vorsitzende Dr. Karsten Padeken. „Die Preise, die wir für unsere Produkte bekommen, sind einfach zu niedrig, und die Kosten explodieren.“ In dieser Situation werde über weitere gesetzliche Auflagen diskutiert, ohne dass klar sei, woher das Geld dafür kommen soll.

Dasselbe Bild bei der Diskussion über Moor- und Klimaschutz: Auch hier würden Ziele formuliert und gesetzlich bereits festgelegt, ohne dass es eine Folgenabschätzung



Für sein langjähriges Engagement im Vorstand des Kreislandvolkverbands Wesermarsch bedankten sich der Vorsitzende Dr. Karsten Padeken (links) und Geschäftsführer Manfred Ostendorf (rechts) bei Heiko Wessels.



Dr. Karsten Padeken (r.) begrüßte Gerald Dohme, stellv. Generalsekretär beim DBV, als Referenten.

gebe oder dass geklärt wäre, wie die Maßnahmen finanziert werden sollen. Ausdrückliche Ausnahme sei der „Niedersächsische Weg“, der ein Modell dafür sei, wie zusätzliche gesellschaftliche Leistungen der Landwirtschaft auch entsprechend bezahlt würden.

Wie man versuchen kann, auf Gesetzgebung und gesellschaftliche Stimmung einzuwirken, berichtete Gerald Dohme, stellvertretender Generalsekretär beim Deutschen Bauernverband (DBV) in Berlin. Zur Lobbyarbeit des Verbands gehören Veranstaltungen, Kontakte zu Abgeordneten, die Präsenz in den sozialen Medien und die Pressearbeit. Auch wenn sich die Zahl von 40 Referentinnen und Referenten nach viel anhöre, sei es angesichts von insgesamt etwa 6.000 Lobbyisten in Berlin eine eher kleine

Truppe. Und da die Bruttowertschöpfung der Landwirtschaft nur etwa zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmache, sei die Verhandlungsposition der Landwirtschaft entsprechend schwierig. „In der Kommunikation und der Kampagnenarbeit muss der DBV aber kreativer werden“, sagte er selbstkritisch.

Als Nachfolger für Heiko Wessels, der auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand des Kreislandvolkverbands ausgeschieden war, wählten die Delegierten Marko Hekert aus Jaderaußendeich. Der Antrag des Vorstands auf Erhöhung der Mitgliedsbeiträge wurde nach lebhafter Diskussion auf die kommende Mitgliederversammlung verschoben, um zunächst in den Ortsvereinen über das Thema zu beraten.

Landvolk-Abende: Infos zur GAP-Reform stoßen auf großes Interesse

Die „Baustelle GAP-Reform“ stand im Mittelpunkt der Landvolk-Infoabende, die Ende Oktober/Anfang November an insgesamt fünf Standorten in der Wesermarsch und in Friesland stattgefunden haben. Tjade Gronau, Mitarbeiter der Landvolk Dienstleistungsgesellschaft, erklärte die geplanten Änderungen in der Agrarförderung ab dem Jahr 2022 so übersichtlich und knapp, wie das bei diesem komplexen Thema überhaupt möglich ist. Das größte Problem dabei: Viele Details, auf die es in vielen Fällen ja durchaus ankommt, stehen überhaupt noch nicht fest, da sich die Entscheidungsfindung durch die Regierungsbildung in Berlin verzögert.

Immerhin stehen bereits die Grundzüge der neuen GAP: Die Summe, die in der „Ersten Säule“ der Agrarförderung für die Direktzahlungen zur Verfügung steht, schrumpft auf 4,85 Milliarden Euro pro Jahr. Für die „Zweite Säule“, über die beispielsweise Agrarumweltmaßnahmen, aber auch die allgemeine Förderung des ländlichen Raums finanziert werden, stehen 1,35 Milliarden Euro zur Verfügung. Diese Summen verändern sich bis zum Jahr 2026 noch, da ein stetig wachsender Teil der Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule umgeschichtet wird.

Bei den Direktzahlungen bleibt es bei einer „Basisprämie“, deren Höhe jedoch von 173 Euro auf 150 Euro absinkt. Dafür werden die Umverteilungsprämie für die ersten Hektare sowie die Junglandwirteförderung steigen. Zudem gibt es für Betriebe die Möglichkeit, sich freiwillig an sogenannten „Eco Schemes“ zu beteiligen und so die Basisprämie



Bei den Veranstaltungen in der Wesermarsch, wie hier in Eckfleth, ging es unter anderem um das Thema Moor und Klimaschutz.

aufzustocken. Im Moment sind hier aber so gut wie keine Angebote für Grünlandbetriebe vorhanden. Und auch die Anforderungen an den „Guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“ (GLÖZ), die Voraussetzung für den Erhalt der

Ein weiteres Thema war bei der Veranstaltung in Jever die organisatorische Struktur des Landvolks und des Deutschen Bauernverbands, die lebhaft diskutiert wurde. Während die Mitglieder mit der Arbeit auf Kreisebene zufrieden sind, wünschen sie sich auf Bundesebene vom Deutschen Bauernverband mehr „klare Kante“ und die rechtliche Überprüfung von Gesetzen und Verordnungen, die in den letzten Jahren im Bereich Landwirtschaft beschlossen wurden.



Tjade Gronau (links) referierte über die anstehende GAP-Reform.

Basisprämie sind, haben es in sich – vor allem für Betriebe in den Vogelschutzgebieten und im Moor. „Auf jeden Fall entsteht durch die neue GAP viel Beratungsbedarf, und in einigen Fällen stellt sich durchaus die Frage, ob es sich für die Betriebe überhaupt noch finanziell lohnt, einen GAP-Antrag zu stellen“, zog Tjade Gronau ein ernüchterndes Fazit.

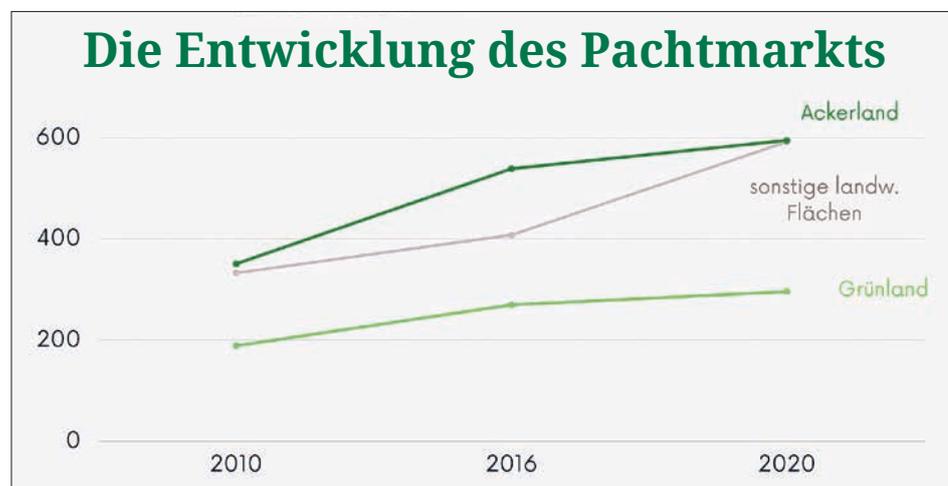
Bei den Veranstaltungen in Diekmannshausen, Abbehausen, Berne und Eckfleth erläuterte Geschäftsführer Manfred Ostendorf die Gründe für die geplante Beitragserhöhung beim Kreislandvolkverband Wesermarsch, über die auf der Mitgliederversammlung im kommenden Jahr entschieden werden muss. Auch das Zustandekommen der im Sommer beschlossenen neuen Kälberhaltungsverordnung wurde noch einmal erläutert. Besonders in der südlichen Wesermarsch nahm zusätzlich das Thema Klimaschutz und Moorvernässung einen breiten Raum ein.

Die neue GAP – Pachtpreisbremse und Wertevernichter?

Die geplante GAP-Reform könnte sich – beabsichtigt oder nicht – auch auf den Flächenmarkt auswirken. Viele Details sind noch nicht endgültig geklärt. Fest steht aber, dass ein durchschnittlicher Milchviehhalter aus unserem Verbandsgebiet (100 ha, kein Junglandwirt)

seiner Fläche hinzupachtet. Legt man einen Pachtpreis von 400 Euro je Hektar zugrunde, entspricht die Pacht ziemlich genau der Höhe der „alten“ Betriebsprämie. Sie wurde also an die Verpächter durchgereicht. Die neue Prämie reißt hier eine deutliche Lücke.

len. Durch die Düngeverordnung wird hier der Einsatz von organischen Düngern bereits jetzt eingeschränkt. Nimmt man nun auch noch hinzu, dass durch den verstärkten Strukturwandel in einigen Regionen zusätzliche Fläche auf den Markt kommt, landet man fast zwangsläufig bei der Frage, wie sich dies langfristig auf den Flächenmarkt auswirkt. Natürlich könnte auch der Wert der eigenen Fläche sinken.



Die Pachtpreise kannten in den vergangenen zehn Jahren nur eine Richtung: nach oben. Ob das auch nach der GAP-Reform so bleibt? (Quelle: Landesamt für Statistik Niedersachsen)

nach unseren Berechnungen fast 90 Euro pro Hektar weniger als im aktuellen Prämiensystem bekommt. Die angebotenen „Eco-Schemes“ (Öko-Regelungen), an denen die Landwirte freiwillig teilnehmen können, um die Prämie aufzubessern, sind für Milchviehbetriebe nach aktuellem Stand keine wirkliche Alternative. Unterm Strich hat ein 100-Hektar-Betrieb am Jahresende also rund 9.000 Euro weniger Einnahmen. Alleine im Landkreis Wesermarsch würden über 5 Mio. Euro weniger auf den Betrieben ankommen.

Wir stellen in den Jahresabschlussanalysen bei Unternehmensberatungen fest, dass der durchschnittliche Betrieb rund zwei Drittel

Der Flächenmarkt bekommt zudem Unwucht, weil viele Regelungen der neuen GAP wie die Erschwerung von Dauergrünland-Umbrüchen (inkl. Narbenerneuerung!) noch nicht geklärt sind. So umfasst die mögliche Gebietskulisse zum „Schutz von Feuchtgebieten und Mooren“, auf denen kaum noch Narbenerneuerungen erlaubt sind, allein in Niedersachsen rd. 600.000 Hektar bzw. fast 15 Prozent der Landesfläche. Auf diesen Standorten wird eine leistungsfähige Grünlandnarbe – nach aktuellem Stand – langfristig kaum zu erhalten sein.

Oft sind dies gleichzeitig Flächen mit hohen Phosphor-Versorgungsstufen und hohen Humusantei-

Die Außenwirtschaft schlägt nach unseren Auswertungen mit durchschnittlich 1.500 Euro/ha zu Buche. Weil die Bewirtschaftung vieler Flächen und die Quersubventionierung durch die Prämie immer schwieriger wird, sollte künftig sehr genau geprüft werden, welche Flächen zu welchem Preis für den Betrieb tatsächlich noch sinnvoll bewirtschaftet werden können.

Bei Neuverhandlungen, oder wenn Ihnen neue Flächen zur Pacht angeboten werden, sollten Sie die oben genannten Punkte auf jeden Fall berücksichtigen.

► **Autor:**
Tjade Gronau,
Mitarbeiter für
Grüne Buchführung





„Echt grün“: Doku über Klimawandel, Radiospots und Plakatkampagne

Im Herbst war die Kampagne „Echt grün – Eure Landwirte“ auf vielen verschiedenen Kanälen aktiv.

YouTube: Kurz vor der Bundestagswahl ist die Dokumentation „SATT – Klimawandel. Landwirtschaft. Verantwortung.“ online gegangen (<https://youtu.be/feXj-jOggDew>). Mit 30 Minuten ist die Dokumentation bewusst länger angelegt als die üblichen Video-Clips, um auch einmal Hintergründe und Zusammenhänge zu beleuchten. Denn einerseits ist die Landwirtschaft ein wichtiger Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel, andererseits auch

direkt von Veränderungen des Wetters, aber auch der Globalisierung, betroffen.

Radio: Anfang Oktober wurden rund um das Erntedankfest zum ersten Mal Werbespots bei den Radiosendern „NDR 2“ und „Antenne Niedersachsen“ ausgestrahlt. In zwei unterschiedlichen Spots wurde der Wert regionaler Lebensmittel für den Klimaschutz thematisiert.

Plakate: Der Zusammenhang zwischen regionalen Lebensmitteln und Klima-, Umwelt- und Artenschutz stand auch im Mittelpunkt

der Plakat-Außenwerbung, die parallel zu den Radiospots wieder in vielen Regionen Niedersachsens zu sehen war. Plakate in Bahnhöfen oder an Bushaltestellen und Motive auf folierten Bussen bewarben thematisch, wie wertvoll regionale Lebensmittel für den Klimaschutz sind.

Soziale Medien: Hier laufen zwei bis drei Beiträge pro Woche. Besonders erfolgreich läuft das Format „Hoffamilien“, für das laufend neue Folgen gedreht werden. Zu Weihnachten sind wieder einige Specials geplant.

Eingespieltes Team geht in den Ruhestand

Der Generationswechsel in der Landvolk-Buchstelle in Ovelgönne geht weiter: Nachdem der langjährige Leiter Stefan Koch sowie die Steuerfachkraft Elke Folte im Jahr 2020 in den Ruhestand gewechselt



Mehr als 40 Jahre lang war Werner Hildebrand (l.) in der Buchstelle des Kreislandvolkverbands tätig.

sind, haben nun mit Werner Hildebrand und Heiner Tönjes zwei weitere langjährige Mitarbeiter im Herbst die wohlverdiente Rente erreicht.

Werner Hildebrand war nach seiner Ausbildung zum Steuerfachangestellten bei einem Braker

Steuerberater im Jahr 1981 zum Kreislandvolkverband gekommen und ist dem Verband 40 Jahre lang treu geblieben. Zur Grundausstattung gehörten für den gerade eingestellten Mitarbeiter damals unter anderem eine Karte der Wesermarsch, auf der die Wohnorte der Mandanten mit kleinen Punkten eingezeichnet waren; der "Übersetzungscode" für Buchstaben, die verschlüsselt als Zahlen in die ersten Lochkarten-Computer eingegeben wurden; und natürlich ein großer Kalender.

Zwei Jahre nach Werner Hildebrand hat Heiner Tönjes im Jahr 1983 beim Kreislandvolkverband Wesermarsch angefangen. Nach einem Studium zum Diplom-Betriebswirt, Fachrichtung Steuer und Betriebswirtschaft, wollte er sich im landwirtschaftlichen

Steuerrecht weiter spezialisieren, das er bereits in seiner Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Buchstelle in Lönigen kennengelernt



Heiner Tönjes blickt auf 38 Berufsjahre in der Buchstelle zurück.

hatte. Genau wie für Werner Hildebrand standen für Heiner Tönjes aber nicht nur die nackten Zahlen, sondern der direkte Kontakt zu den Mandanten und die Begleitung der landwirtschaftlichen Familien im Mittelpunkt seiner Arbeit. „Dann beginnt es erst, Spaß zu machen“, lautet seine Erfahrung.

Geschäftsführer feiert Dienstjubiläum

Am 1. Dezember vor 25 Jahren hat Manfred Ostendorf als Geschäftsführer beim Kreislandvolkverband Wesermarsch begonnen. Zum Dienstjubiläum gratulierte der Vorstand mit einem Präsentkorb und die Kolleginnen und Kollegen mit einer bunten Girlande. Ganz neu war die Tätigkeit als Geschäftsführer für Manfred Ostendorf damals nicht, da er bereits seit 1992 in gleicher Funktion halbtags für den Kreislandvolkverband Friesland

tätig war. Damals wie heute sei es eher ungewöhnlich, dass ein ausgebildeter Landwirt und kein Jurist für diese Position ausgewählt werde. Mittlerweile gehöre er innerhalb des Landvolks Niedersachsen zu den dienstältesten Kollegen.



Zum Dienstjubiläum von Geschäftsführer Manfred Ostendorf (Mitte) gratulierten der Vorsitzende Dr. Karsten Padeken (rechts) und sein Stellvertreter Hendrik Lübben.

Tag des offenen Hofes am 19. Juni

Im Jahr 2022 soll es am Sonntag, 19. Juni, wieder einen „Tag des offenen Hofes“ in Niedersachsen geben. In der Wesermarsch hat sich mit Familie Neels aus Roddens (Butjadingen) bereits ein Betrieb als Gastgeber gemeldet. Weitere Betriebe aus der südlichen Wesermarsch und insbesondere aus Friesland dürfen gerne noch dazukommen. Sie können sich bei Geschäftsführer Manfred Ostendorf, Telefon 04401 96050, oder per E-Mail an ostendorf@klv-wesermarsch.de melden.



Gut versichert ins neue Jahr starten



Die Kinder werden größer, neue Möbel oder Haushaltsgeräte sind zum Hausrat dazugekommen, die Wohnfläche hat sich durch einen Anbau vergrößert ... Es gibt viele Gründe, warum man die bestehenden Versicherungen von Zeit zu Zeit durchsehen und überprüfen sollte. Das Team der Landvolk Versicherungsgesellschaft macht gerne den Versicherungs-Check und geht mit Ihnen durch, welche Verträge aktuell bei Ihnen bestehen, ob der Versicherungsschutz noch Ihrer aktuellen Lebenssituation entspricht, oder ob es in bestimmten Bereichen Nach-

besserungsbedarf gibt. Gerade in den Bereichen Betriebshaftpflichtversicherung, Unfallversicherung und Hausratversicherung lohnt sich oft auch eine Prüfung, ob es günstigere Alternativen zu bestehenden Verträgen gibt.

Das Team in der Landvolk-Versicherungsabteilung berät Sie gerne telefonisch oder in einem persönlichen Gespräch zu allen Versicherungsfragen und erstellt Ihnen ein unverbindliches Angebot.



Erwin Böning
Tel. 04401 | 980516



Carmen Maas
Tel. 04401 | 980525



Nina Graz
Tel. 04401 | 980524



Wiebke Wulff-Brandt
Tel. 04401 | 980523